Zeitschrift: Obstetrica : das Hebammenfachmagazin = la revue spécialisée des

sages-femmes

Herausgeber: Schweizerischer Hebammenverband

Band: 119 (2021)

Heft: 9

Rubrik: Kurz gesagt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



«Berufsaustritte und Bestand von Gesundheitspersonal in der Schweiz»



Kenntnisse über Berufsaustritte beim Gesundheitspersonal sind zentral für die Abschätzung des künftigen Bedarfs an Fachkräften. Die Publikation «Berufsaustritte und Bestand von Gesundheitspersonal in der Schweiz» des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan) schafft eine Übersicht zu Berufsaustritten in verschiedenen Gesund-

heitsberufen auf der Basis der Strukturerhebungen 2016 bis 2018 des Bundesamtes für Statistik. Die Berufsgruppen Pflegefachpersonal, Pflegepersonal ohne formelle Ausbildung, Hebammen und Medizinische*r Praxisassistent*in weisen mit jeweils über 14% die höchsten Anteile an Personen auf, die nicht mehr erwerbstätig sind.

Ergänzt werden die Ergebnisse mit Schätzungen zum Bestand des Gesundheitspersonals. Es handelt sich um eine Aktualisierung und Ergänzung des im Jahr 2016 publizierten Obsan Bulletins.



Obsan Bericht 01/2021 vom 17. Juni unter www.obsan.admin.ch



Neue Publikation betreffend Abschlusskompetenzen für Hebammen



Die Fachkonferenz Gesundheit der Schweizerischen Fachhochschulen (FKG) hat die Publikation «Professionsspezifische Kompetenzen» realisiert, welche die Abschlusskompetenzen der Fachhochschulstudiengänge im Bereich Gesundheit umfasst. Diese dient den Bachelorstudiengängen als Richtschnur für die Curricula. Mandatiert wurde sie vom Bundesamt für Gesundheit vor dem Hintergrund, die Verordnungen zum Gesundheitsberufegesetz umzusetzen.

Dieses neue Gesetz ist im Jahr 2020 in Kraft getreten und stellt seither schweizweit einheitliche Anforderungen an die Ausbildung und Berufsausübung in den Bereichen Pflege FH, Physiotherapie, Ergotherapie, Hebamme, Ernährung und Diätetik, Optometrie und Osteopathie. Die entsprechenden Studiengänge haben ihre jeweiligen Abschlusskompetenzen nach den Vorgaben dieses Gesetzes entwickelt. Grossen Anteil an dieser Publikation haben die Berufskonferenzen, welche die einzelnen Professionen innerhalb der FKG vertreten.

Quelle: Medienmitteilung der Fachkonferenz Gesundheit der Schweizerischen Fachhochschulen vom 14. Juli, www.hebamme.ch



Publikation «Professionsspezifische Kompetenzen» unter www.hebamme.ch



Zugangschancen für Kitaplätze ungleich verteilt

Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen hat ein neues «Policy Brief» veröffentlicht: Kinder aus benachteiligten Verhältnissen und mit Migrationshintergrund werden seltener in Kindertagesstätten betreut als Kinder aus guten Verhältnissen. Genau diese Kinder würden aber am meisten von einer institutionellen Kinderbetreuung profitieren.

Die soziale Verzerrung lässt sich durch mehrere Faktoren erklären:

- · Geringere Erwerbsquote bei Eltern aus benachteiligten Verhältnissen
- · Tatsache, dass die Kosten für die Eltern zu hoch sind, selbst wenn sie im Verhältnis zum Einkommen stehen
- · Zu geringe Versorgungsquote in den meisten Regionen der Schweiz
- Unregelmässige Arbeitszeiten
- Kulturelle Präferenz für andere Formen der Kinderbetreuung

- Zur Beseitigung der Verzerrung nennen Nicole Baur und Giuliano Bonoli, die Autorin und der Autor des Policy Brief, folgende mögliche Lösungen:
- 1. Deutliche Erhöhung des Platzangebots und deutliche Senkung der Kosten für die Eltern
- 2. Formalisiertes System für die Platzvergabe nach gewissen Kriterien wie Einkommen oder familiäre Situation (das wäre allerdings mit Problemen verbunden)
- 3. Senkung der Kosten für Familien mit geringem Einkommen
- 4. Einführung eines vorrangigen Zugangs für benachteiligte Gruppen (z.B. Plätze zur «Sozialisation» wie in der Stadt Neuenburg)

Quelle: Medienmitteilung von Alliance Enfance vom 5. Juli, www.alliance-enfance.ch

Medienmitteilung und Policy Brief Nr. 4 der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen unter www.admin.ch

9/2021 Obstetrica





Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt: erster Staatenbericht

In ihrem ersten Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention fasst die Schweiz ihr Engagement im Bereich der Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zusammen. Der Bundesrat hat den Bericht an seiner Sitzung Mitte Juni gutgeheissen. In der Legislaturplanung 2019 bis 2023 hat er entschieden, die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt als eines der zentralen Handlungsfelder der Gleichstellungsstrategie 2030 zu definieren. Bund und Kantone haben im Rahmen des Strategischen Dialogs «Häusliche Gewalt» eine Roadmap mit Massnahmen zur Bekämpfung von darunter etwa eine zentrale Telefonnummer für Gewaltbetroffene. Auf kantonaler und kommunaler Ebene wurden ebenfalls zahlreiche Aktions- und Massnahmenpläne zur Umsetzung des Übereinkommens verabschiedet. Und neu soll im Sexualstrafrecht der Tatbestand der Vergewaltigung geschlechtsneutral formuliert und messen bestraft werden, auch wenn keine Gewalt oder Drohungen vorliegen.

Quelle: Medienmitteilung des Bundesrates vom 18. Juni, www.admin.ch



Wissenskarten zur Patientensicherheit

Die Stiftung Patientensicherheit Schweiz hat elf Wissenskarten erarbeitet, die anhand konkreter Lebenssituationen vielfältige Patientensicherheitsgefährdungen und -massnahmen illustrieren. Die erste heisst «Neugeborene: Ein sicherer Start ins Leben» und beschreibt, worauf es für eine sichere Behandlung auf der neonatologischen Intensivstation ankommt. Die Karten sollen für das Thema Patientensicherheit sensibilisieren und können ausgedruckt werden, etwa um interne Aktivitäten zu unterstützen. Alle Schweizer Gesundheitsorganisationen sind zudem dazu aufgerufen, ihre eigenen Patientensicherheitsmassnahmen in Videos zu beschreiben, die während der Aktionswoche «Patientensicherheit über die Lebensspanne» vom 13. bis 17. September von der Stiftung breit gestreut werden.

Wissenskarten unter
www.patientensicherheit.ch
Weitere Informationen zur
Aktionswoche unter
www.patientensicherheit.ch



Statistik der Schwangerschaftsabbrüche 2020

Im Jahr 2020 wurden 10906 Schwangerschaftsabbrüche bei Frauen mit Wohnsitz in der Schweiz bekannt gegeben. Dies entspricht einer Rate von 6,8 Unterbrechungen pro 1000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren. Nach einem Rückgang seit 2010 hat sich diese Rate seit 2017 von 6,2 auf 6,8 Unterbrechungen pro 1000 in der Schweiz wohnhafte Frauen erhöht. Die Rate der Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2020 ist damit ähnlich wie im Jahr 2010.

Die meisten Eingriffe fanden in den ersten acht Schwangerschaftswochen statt, 95 % davon vor der zwölften Schwangerschaftswoche. Im Jahr 2020 wurden 79 % der Schwangerschaftsabbrüche durch Einnahme von Medikamenten und 21 % durch Operationen durchgeführt. In der Schweiz nahmen die Drogenpausen im Jahr 2020 insgesamt um 11 % gegenüber 2019 zu.

Quelle: News des Bundesamtes für Statistik vom 1. Juli, www.bfs.admin.ch



Volk stimmt über Pflegeinitiative ab

Über die Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» wird die Bevölkerung am 28. November abstimmen. Für das Initiativkomitee ging der vom Parlament vorgelegte indirekte Gegenvorschlag zu wenig weit, deshalb kommt die Pflegeinitiative vors Volk. Denn im indirekten Gegenvorschlag fehlten Massnahmen, welche die Berufsverweildauer erhöhen und die Pflegequalität sichern.

Die vom Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) lancierte Pflegeinitiative fordert, dass die Schweiz mehr Pflegefachpersonen ausbildet und bessere Arbeitsbedingungen schafft, damit diese im Beruf bleiben. Heute wird der SBK parteiübergreifend und von einer breiten Öffentlichkeit unterstützt – auch vom Schweizerischen Hebammenverband.

Weitere Informationen unter https://pflegeinitiative.ch/